

Opel und des Kaisers neue Kleider

Eine tölpelhafte Deutsche Regierung hat sich bis auf die Knochen blamiert, aber vor dem Volk soll das verheimlicht werden.

Von Marie Ringel

Die Vorgänge erinnern an Christian Andersens Märchen von „des Kaiser neue Kleider“. Darin schildert der dänische Märchenerzähler die Geschichte von dem eitlen Kaiser, der sich von zwei Betrügern Kleider anfertigen ließ, die für Dumme und für Staatsämter ungeeignete Menschen unsichtbar seien. Solche wollte der Kaiser haben, da er mit ihnen die für kaiserlichen Amtsträger ungeeigneten Bewerber erkennen wollte. Als er sie zum ersten Mal anzog, konnte er sie auch nicht sehen, weil sie aus Luft, aus Nichts bestanden. Um nicht selbst als dumm zu gelten, tat er so, als sei er sehr wohl angezogen und auch seine Untergebenen taten so, weil sie nicht für dumm gelten und ihre Ämter verlieren wollten. Erst ein kleines Kind brachte den Schwindel an den Tag, weil es in seiner Unschuld von der Staatskonvention noch nichts wissen konnte. Erst danach getraute sich auch das Volk, die Wahrheit zu sagen. Kommen wir zur heutigen, realen Welt im Jahr 2009:

Der Verwaltungsrat, das oberste Organ von General Motors (GM), hat ein zweites Mal über das Schicksal von Opel entschieden. Am 10. September hatte er bereits den Verkauf an das Magna Konsortium abgesegnet. Das war vierzehn Tage vor der Bundestagswahl. Es war ein Wahlgeschenk, eine gezielte Einflußnahme auf den Wahlausgang in Deutschland. Eine Kanzlerin Merkel und ein Außenminister Westerwelle waren dem US-Regime wesentlich genehmer als jegliche andere Regierungskonstellation. Nachdem der Zweck erreicht war, hat der GM-Verwaltungsrat noch einmal entschieden, nämlich daß die erste Entscheidung gar nicht gilt: Ätsch!

Das geschah am gleichen Tag (03.11.2009), als die Deutsche Kanzlerin vor dem US-Kongress die deutsch-amerikanische Freundschaft in höchsten Tönen gepriesen hatte. Solche widerlichen Szenarien hatte sie wohl in ihrer DDR-Jugend verinnerlicht. Damals nannte man das deutsch-russische Freundschaft. So etwas verlernt man nicht. Auch die Sowjetunion hat das unterwürfige Gebaren weidlich ausgenützt und die DDR-Wirtschaft in unsäglicher Weise ausgebeutet. Genau so, wie das die US-Regierung und das US-Kapital jetzt tun.

Nun bekam die Deutsche Kanzlerin die Quittung für das einseitige Vertrauen in eine einseitige Freundschaft. Frau Merkel hat weder die Interessen der Opel-Belagschaft noch die Interessen des Deutschen Volkes gewahrt. Sie ist blamiert bis auf die Knochen, doch bezahlen muß das Volk für die Dummheit der Kanzlerin und ihrer Regierung.

Jetzt gibt sich Berlin empört über General Motors und den US-Präsidenten Obama, der vorgibt, von der Entscheidung des GM-Verwaltungsrates nichts gewusst zu haben. Doch der Verwaltungsrat ist von der US-Regierung berufen und zusammengestellt worden, nachdem sie GM verstaatlicht hatte¹. Über 58 Mrd. Dollar hat die US-Regierung seitdem in ihr Unternehmen schon hineingesteckt, an dem sie mit 61 Prozent Mehrheitseigentümer ist. Und bei solchen Dimensionen will der US-Präsident und seine Administration die Entscheidung nicht beeinflussen und von ihr nicht einmal etwas gewußt

¹ Der Spiegel, Nr. 47, 2009 Seite 23 formulierte das so: „Präsident Obama sorgte dafür, daß der Verwaltungsrat des neuen Staatskonzerns GM weitgehend neu besetzt wurde. Edward Whitacre, genannt "Big Ed", führt das Gremium an, das auch über die Zukunft von Opel entschied.

haben? Mit seiner Behauptung, nichts gewußt zu haben, bringt Obama seine ganze Wertschätzung für diese Deutsche Regierung zum Ausdruck.

Am Tag nach der brüskierenden Entscheidung ging das politische Alltagsgeschäft in Berlin weiter: Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) rief GM auf, zügig Pläne für die Fortführung von Opel vorzulegen. Damit signalisierte er, daß Deutschland den US-Konzern GM mit Steuergeldern subventionieren wird, wenn die Pläne vorgelegt worden sind.

Betrachten wir die Vorgänge ganz nüchtern: Die Deutsche Regierung wollte möglichst viele Arbeitsplätze in Deutschland retten. Das vom Kaufinteressenten Magna vorgelegte Konzept schien dazu am geeignetsten. Deshalb erklärte sie sich bereit, diesem internationalen Investor einen Kredit in Höhe von 4,5 Mrd. Euro zu einem Jahreszins von 10,5 Prozent zu verschaffen. Dadurch sahen sich jene „befreundeten EU-Staaten“, in denen auch GM – Werke angesiedelt sind, benachteiligt. Das Ränkespiel hinter den Kulissen setzte ein. Die betroffenen Regierungen wurden bei der EU-Kommission, bei der US-Regierung und bei GM vorstellig! Und die EU-Kommission fand das „Haar in der Suppe“, sie wollte eine unerlaubte Subventionierung erkannt haben und verlangte den Beweis, daß die Deutsche Regierung keinen politischen Druck auf den Käufer Magna ausgeübt habe.

Es stellt sich die Frage, ob die Deutsche Regierung verpflichtet war, jenen Kaufinteressenten die gleiche Unterstützung zu gewähren, die mehr deutsche Arbeitsplätze streichen wollten? Welcher vernünftige Mensch zahlt denn 5 Euro für eine halbe Wurst, wenn er für den gleichen Preis eine ganze bekommt? Doch genau das erwartet offensichtlich die EU-Wettbewerbskommission! Und das will sie von Amts wegen erzwingen: Deutschland hätte den anderen Investoren, die weit mehr Arbeitsplätze als Magna in Deutschland streichen wollten, die gleichen Kreditzusagen wie dem Magna – Konsortium machen sollen. Welche Motive hat Frau Nelly Kroes, die niederländische Wettbewerbskommissarin, eigentlich bei ihrem Ansinnen? Hätte sie gleiches auch dem französischen Staatpräsidenten Nicolas Sarkoszy zugemutet?

Doch EU-Kommissarin ging sogar noch weiter. Sie verlangte auch von der US-Firma GM eine Erklärung, daß die Deutsche Regierung auf sie keinen politischen Druck ausgeübt habe. Welch offensichtliche Hinterfotzigkeit, denn jedermann wußte ganz genau, daß die Deutsche Regierung kraft ihres Amtes jenen Käufer bevorzugen mußte, der die wenigsten Arbeitsplatzstreichungen in Deutschland geplant hatte. Ist solches Regierungshandeln illegitim? Darf ein Käufer das gewünschte Produkt nicht bei dem kaufen, der es am billigsten anbietet? Muß er dort kaufen, wo es teurer ist? Der Widersinn wird offenkundig!

Die Deutsche Regierung war in eine Falle getappt, die sich selbst gebaut hatte: Sie wollte Opel zwar retten, nahm dafür auch viel Geld in die Hand, aber sie verbot es sich aus ideologischen Gründen, das Unternehmen selbst – und sei es nur vorübergehend – zu erwerben. Also vermittelte sie die von GM in der Insolvenz-Not freigegebenen Opel-Produktionsstätten an den Investor, dessen Konzept versprach, die wenigsten Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen. Daß dies ein legitimes Recht einer Regierung, ja ihre Pflicht ist, kann niemand bestreiten. Damit aber verstößt sie gegen das EU-Wettbewerbsrecht und somit wäre ihr Handeln illegal – eben nach EU-Recht!

Wir haben also den Fall eines natürlichen Konfliktes zwischen Legalität und Legitimität, und es ergäbe sich die Frage, welchem Prinzip die Priorität einzuräumen ist. Diese Frage aber stellt sich für die Parteiliten in Deutschland nicht. Deshalb werden die Deutschen, vertreten durch ihre Regierung, dem US-Kapital und der US-Regierung die notwendigen

Kredite zur Verfügung stellen, damit GM die Opel-Werke weiterhin als Eigentum behalten kann.

Die Deutsche Regierung wird also von der EU-Kommission faktisch gezwungen, die für Magna versprochenen Kredite jetzt auch an GM, d.h. an den Mehrheitseigentümer, die US-Regierung, ausbezahlen. Doch sie hat es auch ihrem eigenen Unvermögen zuzuschreiben, daß es jetzt so weit gekommen ist. Es war der smarte und allseits beliebte Baron Karl-Theodor von und zu Guttenberg, der als Wirtschaftsminister der EU-Kommission und dem US-Kapital die Möglichkeit eröffnete, den bereits beschlossenen Verkauf an Magna zu kippen:

Als die EU-Kommissarin Nelly Kroes von der Deutschen Regierung und GM die Erklärung verlangt hatte, daß der Verkauf an Magna nicht an politische Bedingungen geknüpft war, hatte der deutsche EU-Kommissar für Industrie, Günter Verheugen, der Berliner Regierung durch seine Kanzlei mitteilen lassen, eine öffentliche Erklärung, daß die Staatshilfen unabhängig von Standortzusagen gewährt worden seien, würde ausreichen. Doch Guttenberg war anderer Auffassung und ließ schreiben: „*Die Bundesrepublik sei bereit, den von General Motors gewählten Investor zu unterstützen, unabhängig von der Identität des Investors*“.

Der von Obama neu besetzte Verwaltungsrat hat den Vorschlag natürlich allzu gerne aufgegriffen und jetzt wird Deutschland zu Kasse gebeten. Es geht nur noch um die Höhe des Betrages, den Deutschland an GM zahlen wird. Da steht sie nun, die Deutsche Regierung, nackt und entblößt. Wenn die Deutschen jetzt nicht sehen, welch unfähiges Personal sie regiert, dann müssen sie wahrhaft blind sein.